

Fridays for Future

Beitrag von „CDL“ vom 22. März 2019 11:17

Zitat von Kathie

(...) als politisches Statement sehen, was du als Lehrer eigentlich unterlassen solltest.

Stimmt nicht ganz. Tatsächlich sind wir als Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland nur dazu verpflichtet einerseits im Sinne des Beutelsbacher Konsenses Schüler nicht zu indoktrinieren, nicht zu überwältigen, sie dazu befähigen die eigene Interessenlage zu analysieren und politische Situationen entsprechend zu beeinflussen, sowie Kontroverses im Rahmen der politischen Bildung (wobei sich das auch weiter fassen ließe) auch kontrovers darzustellen und nicht unzulässig zu reduzieren. Andererseits sind wir lediglich auf die Art "Neutralität" vereidigt, die das Grundgesetz uns abverlangt. Dieses Grundgesetz ist keineswegs neutral (sic!), sondern ein Wertekanon, den wir bei Bedarf sogar angehalten sind zu verteidigen und zu schützen.

Persönliche politische Überzeugungen von Lehrern müssen diese auch nicht verschweigen: Wenn Schüler mich explizit fragen, was ich über Frage xy persönlich denke, darf ich offen antworten. Zentral ist dann nur - im Sinne des Beutelsbacher Konsenses- dass meine Schüler im Rahmen meines Unterrichts und ungeachtet meiner persönlichen politischen Überzeugungen einen Rahmen vorfinden, in dem sie eigene politische Überzeugungen äußern können ohne Furcht vor einer schlechten Note haben zu müssen, wenn diese Ansichten von meinen Überzeugungen abweichen. Ich sehe hierbei durchaus meine Aufgabe darin meine Schüler darin zu stärken ihre politischen Positionen zu erkennen und argumentativ zu vertreten, ganz gleich, ob ich diese Positionen teile oder nicht. Lediglich die Werte des Grundgesetzes stellen dabei eine Grenze für legitime Schülerpositionen dar.

Die "Neutralität" von Lehrern wird tatsächlich oft missverstanden und in der Folge falsch weitergegeben. Bezogen auf den Politikunterricht kann ich bei Interesse zwei Artikel empfehlen zur Frage, wie politisch Politiklehrer bzw. der Unterricht sein dürfen.